Ökonomie ohne Zwang und Unterdrückung

Herrschaftsfrei wirtschaften

Das heutige Wirtschaften gleich einer Maschine, die unaufhörliche Mensch und Natur als möglichst billige Ressourcen "frisst", sprich: Sie in ihre Systeme und Abläufe zwingt, ausnutzt und ausbeutet — und nur aus Interesse an der weiteren Nutzung erhält. Mit Freiheit und Selbstentfaltung hat das aus vielen Gründen nichts zu tun, denn der Mensch wird auf seine Arbeitskraft reduziert und gezwungen, diese anderen zu verkaufen. Die natürlichen Ressourcen werden privatisiert, in Wert gesetzt und ausgebeutet. Auch das schränkt den Handlungsrahmen der Menschen ein, denen diese Ressourcen zu ihrer freien Entfaltung fehlen. Begleitende Diskurse machen Menschen gefügig, sich den Bedingungen ständiger Verwertung und Profite zu unterwerfen — und das scheinbar sogar freiwillig.

Doch gibt es überhaupt eine Alternative außerhalb der "schönen Maschine"? Kann eine Produktivkraftentwicklung, die vor allem aus der Entfaltung des Menschen besteht, dem Menschen selbst, an-und-für-sich dienen? Was heißt das für die Form der Vergesellschaftung?

Der Mensch und die große Maschine

Die unbeschränkte Selbstentfaltung des Menschen ist unter den Bedingungen der subjekt-losen Selbstverwertung von Wert als Kern der "schönen Maschine" undenkbar. Selbstentfaltung bedeutet ja gerade, dass sich das Subjekt selbst entfaltet, und zwar jedes Subjekt und das unbegrenzt. Dennoch entstehen unter den entfremdeten Bedingungen der abstrakten Arbeit nicht nur neue Beschränkungen, z.B. in der Ausdehnung der Verwertungslogiken auf bisher eigentumslose Ressourcen und in den privaten Alltag hinein oder in der geringeren Vermittlung von Kompetenz für die eigenständige Bewältigung des Alltags. Sondern es tauchen immer wieder auch neue Möglichkeiten auf, z.B. als größere Handlungsspielräume oder mehr Mitbestimmung im Vergleich zu alten Kommandozeiten. Gerade in der zunehmenden und oft prekären Welt wirtschaftlicher Selbständigkeit, von Kleinstfirmengründungen und Ich-AGs, heißt es: "Es gilt das Motto: 'Tut was ihr wollt, aber ihr müsst profitabel sein'" (Glißmann 1999, S. 151).

Ich kann also versuchen, meine individuellen Potenzen entfalten, weil ich selbst an meiner eigenen Entfaltung interessiert bin, weil es Spaß macht und meiner Persönlichkeit entspricht. Ob das gelingt, liegt an mir (einschließlich meiner sozialen Zurichtung, die ich mit mir schleppe) und an den gesellschaftlichen Bedingungen. Sind die Möglichkeiten, dass ich mich selbst als Hauptproduktivkraft entfalte, im Vergleich zu den Zeiten meiner Eltern und Großeltern besser geworden? Oder ist es eine widersprüchliche Lage, in der viele formale Herrschaftsstrukturen überwunden, aber diskursive Zurichtungen an Stärke gewonnen haben? Ist in der heutigen Zeit nicht mehr erlaubt, aber die Fähigkeit zur Selbstentfaltung rückläufig? Umfrageergebnisse decken sich mit eigenen Erfahrungen: Immer mehr, vor allem junge Menschen, wollen gerne toter Fisch sein, der im Kanal mitschwimmt. Vielen fehlt überhaupt die Vorstellung, dass Leben etwas anderes sein kann als Arbeit, Familie,

Fortpflanzung (bzw. Sex). Vor allem fehlt es an der Fähigkeit, eigene Ideen zu entwickeln, ja sie überhaupt bewusst zu haben! Soziale Zurichtung und allgemeine Deutungen schaffen heute Menschen, die sich danach sehnen, ein Teil der Maschine zu sein. Das Wiedererstarken anderer Formen von Fremdbestimmung wie Religion, Esoterik, Nationalismus und billige Feindbilder, bestätigen den Eindruck.

Doch selbst wo der Wille da ist und die Fähigkeiten angeeignet werden, sich selbst zu organisieren, geschieht dieses Mehr an Entfaltung in der bestehenden Gesellschaft immer noch unter entfremdeten Bedingungen. Entfaltung ist nur möglich, solange ihre Ergebnisse verwertbar sind, solange ich profitabel bin. Sogar die Love-Parade wurde damit zum profitablen, am Ende tödlichen Geschäft. In jeder Person spiegeln sich damit die unter unseren Bedingungen nicht auflösbaren Widersprüche von Selbstentfaltung und Wertverwertung, von Entfaltung der Hauptproduktivkraft Mensch an-und-für-sich und entfremdeter Produktivkraftentwicklung.

Wie sieht die Aufhebung des Widerspruches von Selbstentfaltung und Verwertungszwang in Überschreitung unserer Bedingungen aus? Es geht um die Umkehrung des Satzes von Marx, wonach die "gesellschaftliche Bewegung" durch eine "Bewegung von Sachen" kontrolliert wird, "statt sie zu kontrollieren". Marx hätte das so sagen können: "Die gesellschaftliche Bewegung wird von den Menschen bewusst bestimmt. Die Bewegung von Sachen wird von den Menschen kontrolliert und dient einzig dem Zweck, ein befriedigendes Leben zu gewinnen." (kein Zitat).

Selbstentfaltung statt Wertverwertung

Die Alternative zur abstrakten subjektlosen Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion durch den Wert (als Bewegung von Sachen) ist die konkrete Selbstorganisation durch die handelnden Menschen selbst – das ist so einfach wie logisch! Oder anders formuliert: Die abstrakte Vergesellschaftung über den Wert wird ersetzt durch eine konkrete Vergesellschaftung der handelnden Menschen selbst. Wir wollen daher auch diese zukünftige Form personal-konkrete Produktivkraftentwicklung nennen.

Bedeutet das ein Zurück zu den alten Zeiten der "Natur-Epoche"? Nein, so wie die "Mittel-Epoche" die "Natur-Epoche" aufgehoben hat, so muss die Epoche der menschlichen Selbstentfaltung alle vorherigen Entwicklungen aufheben. "Aufheben" bedeutet dabei sowohl Ablösen als auch Bewahren und in einem völlig neuen Kontext fortführen. Es ist klar, das Menschen natürlich weiter Nahrungsmittel und industrielle Güter produzieren werden, doch es ist ebenso klar, dass sie dies nicht in der gleichen Weise wie bisher tun werden – weil die bisherige ignorante kapitalistische Produktionsweise nicht nur den Menschen unterjocht, sondern auch die Reproduktionsgrundlagen der Menschheit systematisch zerstört. Daran fehlt es in einer freien Gesellschaft aber an Interesse, weil nicht mehr für abstrakte Werte und den Profit gewirtschaftet wird, sondern für ein besseres Leben.

An dieser Stelle kommt oft der Einwand: "Das ist ja utopisch!" – eine verständliche Reaktion. Die herrschende abstrakte Vergesellschaftungsform über den Wert hat alle Lebensbereiche so weit durchdrungen, dass ein Leben außerhalb dessen schier undenkbar erscheint. Wer kann sich schon ein Leben ohne Geld, das über die Lebensmöglichkeiten von Menschen bestimmt, vorstellen? Ein Leben mit "einfach nehmen" statt "kaufen"? Es ist

nicht einfach, das zu denken, darum wird nicht nur nötig sein, das "Undenkbare" zu benennen und noch weiter zu präzisieren, sondern auch in Experimenten sichtbar zu machen. Hier geht es uns zunächst einmal darum, zu begründen, dass die Wertvergesellschaftung nicht das Ende der Geschichte darstellt, sondern dass eine personale Vergesellschaftung die entfremdete Form aufheben kann.

Die Tatsache, dass es eine abstrakte Instanz, den Wert, gibt, über den sich die gesellschaftlichen Beziehungen regulieren, hat auch eine positive Funktion: Sie entlastet die Gesellschaftsmitglieder, jeden Einzelnen individuell von der Notwendigkeit, "die ganze Gesellschaft" zu denken. Ich muss mich nur mit meinem unmittelbaren Umfeld beschäftigen, alles andere regelt sich schon. So paradox es klingt: Die personalisierende Denkweise ist unter entfremdeten Bedingungen naheliegend, denn einerseits besteht nicht die unmittelbare Notwendigkeit, andererseits auch kaum die Möglichkeit im gesellschaftlichen Maßstab individuell Einfluß zu nehmen. So wird alles nach dem Schema unmittelbar-personaler Beziehungen gedacht ("der Politiker ist schuld" etc.), obwohl sich die Gesellschaft gerade nicht über das Wollen von Personen, sondern über den abstrakten Mechanismus der maßlosen Wertvermehrung reguliert. Hieraus haben linke Bewegungen den Schluss gezogen. dass die Totalität des amoklaufenden Werts durch eine kontrollierte Totalität einer umfassenden gesellschaftlichen Planung abgelöst werden müsse. Wie bekannt, sind alle Versuche mit gesellschaftlicher Gesamtplanung gescheitert. Auch eine Weltregierung könnte dieses Problem nicht lösen. Diese praktische Erfahrung ist auch theoretisch nachvollziehbar, denn die kommunikativen Aufwände, die notwendig wären, um die individuellen und die gesellschaftlichen Bedürfnisse miteinander zu vermitteln, also die Vergesellschaftung praktisch zu leisten, sind schier unendlich hoch. Selbst Räte oder andere Gremien können das Problem der immer vorhandenen Interessenkonflikte nicht stellvertretend aufheben. Auch für den Einzelnen ist die Notwendigkeit, die eigenen Interessen mit unendlich vielen anderen Interessen zu vermitteln, eine völlige Überforderung.

Eine neue Vergesellschaftungsform muss daher den gleichen individuell entlastenden Effekt haben, wie die sich selbst organisierende Wertmaschine — nur, dass sie ohne Wert funktioniert! Sie muss gesamtgesellschaftlich stabil und verlässlich funktionieren, ohne jedoch als ignorante, gleichgültige und von den Menschen abstrahierte "Maschine" über die Interessen von Menschen hinwegzugehen wie bei der abstrakten Vergesellschaftung über den Wert. Gesucht ist also ein sich selbstorganisierender "Mechanismus", der einerseits die Vergesellschaftung quasi "automatisch" konstituiert, andererseits aber die abstrakte Vergesellschaftung durch eine personal-konkrete Form ablöst.

Das hört sich wie ein Widerspruch an, ist es aber nicht! Man muss sich nur von der Vorstellung verabschieden, die Gesellschaft müsse planvoll von irgendeiner Art zentraler Instanz gelenkt werden. Diese Vorstellung enthält immer das Konzept eines Innen-Außen: Die PlanerInnen – ob Räte, Behörde, DiktatorInnen – stehen gleichsam außerhalb der Gesellschaft und planen diese. Die PlanerInnen planen für uns, oder noch deutlicher: sie planen uns. Das steht unter erheblichen Problemen, denn der Mensch ist eigentlich nicht planbar und vorhersehbar. Daher bedarf es großer Anstrengungen, Menschen zu kontrollieren, sie über Zurichtung und Diskurse zur Aufgabe eigener Ideen bereit zu machen und ihnen die Möglichkeiten für Alternativen zu entziehen – sowohl die Fähigkeiten zu anderem Handeln wie auch die materiellen Voraussetzungen in Form von Produktionsmitteln.

Die Alternative zu stellvertretenden Planung ist die Selbstplanung der Gesellschaft. Sie setzt strukturell eine Annäherung allgemeiner Interessen voraus, also den Vorteil der Kooperation gegenüber der Konkurrenz. Das ist im Kapitalismus unmöglich. Der Kapitalismus kennt überhaupt nur Partialinteressen, die jeweils nur gegen andere Partialinteressen durchsetzbar sind. Eine gelungene Vermittlung der Partialinteressen trägt dann die Namen "Demokratie" (als Entscheidungsfindungsmodell) und "Rechtsstaat" (als Regelwerk) – das kann es aber nicht sein.

Kann es eine Annäherung allgemeiner Interessen geben? Sind die individuellen Interessen und Wünsche nicht sehr verschieden, will nicht eigentlich jeder doch irgendwie etwas anderes? Ja, und das ist auch gut so! Unter unseren Bedingungen schließt diese Frage jedoch immer mit ein, diese "Wünsche", dieses "andere Wollen" muss auch gegen andere – ob individuell oder im Zusammenschluss mit anderen, die die gleichen Partialinteressen haben – durchgesetzt werden. Wir hatten aber vorher dargestellt, dass die Selbstentfaltung des Menschen nur funktioniert, wenn sich alle entfalten können und dies auch real tun. Unter Bedingungen der Selbstentfaltung habe ich ein unmittelbares Interesse an der Selbstentfaltung der anderen Menschen. Etwas vereinfacht gesprochen steht der Win-Loose-Situation im Kapitalismus eine Win-Win-Situation in der zukünftigen Gesellschaft gegenüber.

Schön und gut, aber wie kommen denn nun die Brötchen auf den Tisch? Was ersetzt denn nun den Wert als selbstorganisierenden Mechanismus der Vergesellschaftung? Die Selbstentfaltung des Menschen ersetzt die abstrakte Dauerschleife durch eine personal-konkrete Vermittlung der Menschen! Selbstentfaltung bedeutet ja nicht Abschaffung der Arbeitsteilung. Ich beziehe mich weiterhin nicht auf die "gesamte" Gesellschaft, sondern weiterhin nur auf den Ausschnitt der Gesellschaft, der mir zugekehrt ist. Wie groß dieser Ausschnitt ist, entscheide ich ie nach Lage. Entfalten sich die Menschen um mich herum fröhlich vor sich hin – und ich mittendrin -, dann besteht kein Grund, den gesellschaftlichen Ausschnitt zu vergrößern. Gibt es aber Einschränkungen meiner Selbstentfaltung, die nicht meinem unmittelbaren Handeln zugänglich sind, dann werde ich den Blick weiten, um die Ursachen der gemeinsamen Einschränkungen aus der Welt zu schaffen. Da mein Leben nicht mehr auf die Heranschaffung des Abstraktums "Geld" ausgerichtet ist, bekommen die Einschränkungen für mich eine völlig neue konkrete Bedeutung: Sie schmälern in direkter Weise meinen Lebensgenuss. Da diese Einschränkungen meiner Selbstentfaltung auch für alle anderen beschränkend sind, liegt es unmittelbar nahe, die Einschränkungen im gemeinsamen Interesse zu beseitigen. Im eigenen und gleichzeitig allgemeinen Interesse werden wir uns die personalen und konkreten Vermittlungsformen suchen, die notwendig sind, um Einschränkungen unseres Lebensgenusses aus der Welt zu schaffen. Allgemeiner formuliert: Jedes menschliche Bedürfnis findet auch seine Realisierung – und ist das Bedürfnis mein einzig alleiniges auf der Welt, dann realisiere ich es eben selbst. Da das aber bei den Brötchen auf dem Tisch nicht der Fall sein dürfte, wird es für das Problem "Brötchen auf dem Tisch" eine allgemeine Lösung geben.

Mit der Selbstentfaltung des Menschen kann es eine andere, individuell entlastende Form der Vergesellschaftung geben. Der Einzelne entfaltet sich, ihm nützt dabei die Selbstentfaltung der vielen Anderen, während die eigene Selbstentfaltung die Möglichkeiten der Anderen verbessert. Die eigene Produktivität trägt immer automatisch zum Gesamten bei, weil die Interessen nicht mehr zerlegt und voneinander getrennt werden, wie es der Fall war, als alles nur durch die Brille des Wertes betrachtet und dann gegeneinander gerechnet wurde.

Jetzt ist der Blickwinkel ein anderer: Es geht um ein besseres Leben, um die Entfaltung der Menschen – und hier stehen die Fähigkeit oder das Geschaffene des Einen nicht gegen den Anderen, sondern ergänzen oder fördern sich sogar gegenseitig.

Diese Verhältnisse können sich einstellen, wenn sich die Bedingungen so verändern, wie das bereits in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben wurde.

Ein genauerer Text zum herrschaftsfreiem Wirtschaften findet sich im Buch "Autonomie & Kooperation" ab S. 85. Download als .rtf über www. proiektwerkstatt.de/hefte/download/

twerkstatt.de/hefte/download/ autokoop__ ich! wirtschaften.rtf. Auch als pdf.

Eine andere Produktionswelt ist möglich!

Also: Auch wenn es keinen Druck mehr gibt, hart zu arbeiten (oder so zu tun, als wünsche man sich nichts sehnlicher), wird es Text "Kritik der Warengesellschaft" von Lothar Galow-Bergemann unter Www.projektwerkstatt.de/ Menschen nur faul in die Hängematte legen, entspräche einem sehr pessinistischen und merkwürdigen Menschenbild, das historisch jedoch vielfach widerlegt wurde und im Alltag auch ständig widerlegt wird. Unter den jetzigen Bedingungen ist die Faulheit geradezu eine notwendige Folge von Zwang und Stress. Unter anderen Bedingungen zeigen sich andere Möglichkeiten: Spaß an Kreativität und aktivem Tun (das Kindern derzeit leider frühzeitig und mühsam abgewöhnt wird) werden wieder hervorquellen. Auffallend ist, dass eine neue Vergesellschaftung – auch wenn sie moderne Technik als Grundlage nutzt – tatsächlich gleichberechtigte Beziehungen voraussetzt und selbst wieder erzeugt. Es entstehen neue Beziehungen und Verhältnisse, die an der Selbstentfaltung des Menschen und nicht an der Selbstverwertung des Werts orientiert sind.

Wem gehören die Produktionsmittel?

Eine horizontale Welt, in der alle Menschen gleiche Möglichkeiten haben und keine Hierarchien bilden, verträgt Privilegien nicht. Eigentum ist ein Privileg, denn es sichert den Zugriff auf eine Ressource, den gleichzeitig andere nicht haben. Wäre Eigentum gleich verteilt, würde sich diese ausgrenzende Wirkung nur wenig auswirken. Es ist aber ein stetes Merkmal des Eigentums im Kapitalismus, kauf- und verkaufbar zu sein. Damit lässt es sich akkumulieren, d.h. durch Kauf oder unmittelbaren Zwang können einige immer mehr Eigentum anhäufen, während andere es verlieren oder auf einem niedrigen Stand hängenbleiben.

Von besonderer Bedeutung ist das Eigentum an Produktionsmitteln, also an solchen Ressourcen, mit denen wiederum andere Produkte hergestellt werden können: Maschinen, Boden, Patente usw. Werden sie akkumuliert, entsteht eine systematische Ungleichheit bei der Fähigkeit, Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Wer keine Produktionsmittel besitzt, muss sich selbst an diejenigen verkaufen, die solche besitzen – um zu überleben.

Als Beispiel mag eine moderne Form des Produktionsmittels dienen, der Erlaubnis, Luft zu verschmutzen. Diese existiert – propagandistisch verschleiert als Umweltschutzmaßnahme – in Form von Zertifikaten mit der Währungseinheit von CO₂-Äquivalenten, d.h. es darf nicht nur CO₂ herausgeblasen werden, sondern auch andere Gase, die dann in ihrer Menge auf CO₂ umgerechnet werden. Solche Erlaubnisscheine zur Luftverschmutzung sind Produktionsmittel, weil nur sie bestimmte industrielle Prozesse, Energiegewinnung usw. ermöglichen – wie eine Maschine oder Landbesitz.

Wären diese Zertifikate gleichmäßig verteilt z.B. auf alle Menschen dieser Welt, so würde sich zumindest anfänglich keine große Ungleichheit auftun. Die Zerfikate stellten kein Privileg dar. Wären sie zudem unverkäuflich, so würde das sogar auf Dauer so bleiben. Zwar bliebe die problematische Inwertsetzung der Luft, aber die Folgen wären beschränkt.

Doch – sicherlich kein Zufall – das Modell der Zertifikatevergabe fiel ganz anders aus. Sie wurden den Industrien geschenkt – und zwar denen umso größere Mengen, die die Luft bereits stark belasteten. So erhielten die Firmen in Industrienationen von Beginn an die größten Anteile. Zusätzlich sind die Zertifikate noch frei handelbar. Das geschieht inzwischen auch über die Börsen. Nun können sie also akkumuliert werden, d.h. es steht zu erwarten, dass das Recht, Luft zu verschmutzen, am Ende bei wenigen Konzernen zentralisiert ist und sie nun sogar formal einwandfrei ihre wirtschaftliche Hegemonie ausbauen können.

Eine denkbare Lösung wäre, die Produktionsmittel unter z.B. staatliche Aufsicht zu stellen. Dieser Weg ist schon in vielen Ländern eingeschlagen worden — mit fatalen Ergebnissen. Verstaatlichung führt weder zur Steigerung von Produktivkraft noch automatisch zu gerechterer Verteilung. Erst recht befreit es die Einzelnen nicht aus der großen Maschine und dem Zwang, sich selbst zu verkaufen statt frei zu entfalten. Das war auch nich anders zu erwarten. Wie bereits in den Texten zur Herrschaftsanalyse gezeigt, schafft Kontroll- und Verwaltungstätigkeit immer Privilegien, die den Ge- und Missbrauch von Macht fördern.

Also bleiben noch zwei Wege, den der Dezentralisierung von Macht und Eigentum, z.B. in Form kleiner wirtschaftlicher Einheiten oder Gemeinschaftsbesitz (Commons), und den der Abschaffung von Eigentum – zumindest an Produktionsmitteln. Beide bedeuten nicht, dass Wirtschaften nur noch im Kleinen vor sich geht. Verändert werden die Bedingungen. Der Zugriff auf Menschen, Land und Rohstoffe erfolgt nicht mehr über administrative und wirtschaftliche Macht und auch nicht mehr mit dem Ziel der Inwertsetzung. Riesige, billig organisierte Transporte über große Entfernungen mögen profitabel sein, sie bleiben aber aufwändig. Es ist daher zu erwarten, dass sich der globale Fluss von Rohstoffen und Produkten auf das beschränkt, was den Menschen nützt und für diese in einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Denn niemand kann mehr erzwungenerweise auf Land und Leute zugreifen. Sehr praktisch ist da, dass vieles keiner globalen Stoffkreisläufe bedarf. Diese kommen heute nur vor, weil diese profitabler sind. Nötig sind sie nicht.

Eine emanzipatorische Umgestaltung muss Alternativen zu Markt und zum Staat entwickeln, denn beide haben wenig mit den Menschen und ihrer Selbstermächtigung zu tun. Die gesellschaftliche und damit auch die ökonomische Macht gehört direkt in die Hände der Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse. Solange der Kapitalismus noch das Geschehen prägt, lassen sich wirtschaftliche Tätigkeiten und die Verwaltung von Gemeingütern als ersten Schritt in Produktions- und Versorgungsgemeinschaften verlegen, die den BürgerInnen gehören. Diese können dann später mit Verwirklichung der Utopie einer selbstorganisierten Gesellschaft ohne kontrollierenden Überbau in freie, offene Kooperationen ohne formalisierte Binnenstruktur und Außenvertretung übergehen.

Aus Ostrom, Elinor: "Vertragen und Teilen", in: Le monde diplomatique März 2011 (S. 17) Doch diese Gegensätze – privat gegen öffentlich, Markt gegen Staat – sind ärmlich. ... Und als wäre dies nicht genug, hat die gängige Theorie des kollektiven Handelns die Vorstellung bestärkt, der Staat sei die einzige Alternative zum Markt. Diese Annahme unterstellt, dass freiwillige Selbstorganisation zur Bereitstellung öffentlicher Güter oder Verwal-

tung von Gemeinressourcen höchst unwahrscheinlich ist. Die Ökonomen empfehlen deshalb auf der einen Seite immer schnell, "der" Staat solle sich kümmern, sobald sie merken, dass marktbasierte Lösungen scheitern. Dabei fragen sie nicht, was in staatlichen Institutionen getan werden kann und muss, um diese im Hinblick auf die Bewältigung dieser Aufgaben leistungsfähiger zu machen. Auf der anderen Seite setzen Politikwissenschafdtler und Berater aber auf "Privatisierung", sobald sich zeigt, dass zentralisierte staatliche Institutionen an ihre Grenzen kommen. Auch sie mogeln sich um die Frage herum, wie konkrete Anreize zu schaffen sind, die die Beiträge und Verantwortungsübernahmen der Einzelnen verhessern

Verteilte Rohstoffe

Viele wichtige Produktionsmittel und Rohstoffe sind weltweit gestreut. Wissen lässt sich ohnehin beliebig duplizieren, d.h. es stellt in einer herrschaftsfreien Welt keinen Mangel dar. Die heutigen Beschränkungen erfolgen aus Profitinteressen, d.h. Wissen wird in Wert gesetzt, durch Patente und Lizenzen lassen sich entsprechende Preise erzielen. Wie mit Wissen wäre es auch mit Maschinen, die sich transportieren, also bedarfsorientiert verteilen, überall nachproduzieren oder verleihen lassen.

Letztlich gilt das auch für viele wichtige Produktionsfaktoren, z.B. Energie und Land. Ursprung fast aller Energie auf der Erde ist die Sonne – hinzu kommen die problematische Energiefreisetzung bei der Zerteilung von Materie (Atomkraft), magnetische und Schwerkrafteffekte wie Ebbe und Flut sowie die Nutzung der inneren Erdwärme (Geothermie). Die Sonneneinstrahlung ist auf der Erde nicht gleichmäßig verteilt, aber fast überall so hoch, dass bei voller Nutzung (Licht, Wärme, Wind, Biomasse) ein Vielfaches der zur Zeit verbrauchten Energie bereit stände. Es bedürfte also gar nicht des Transports von Energiestoffen über große Entfernungen – zumal in einer Welt der Privilegien und hohen Machtgefälle nicht zufällig bestimmt ist, wer wem etwas abzugeben hat. Material- und Energietransporte fließen vor allem von den ohnehin Armen zu den ohnehin Reichen und vergrößern die Kluft zwischen ihnen.

Hermann Scheer, in: FR, 20.6.2009 (S. 20)

Wie sähe unsere Wirtschaftsstruktur aus, wenn alle Produktionen mittelständischer Firmen ersetzt würden durch Großkonzerne, weil diese durch Massenfertigung zu niedrigen Stückkosten kommen können? Die Wirtschaft wäre weniger innovativ, es gäbe Preisdiktate, ganze Wirtschaftsregionen würden versteppen und die Verkehrsströme zunehmen, und es gäbe weniger Arbeitsplätze. Eine nur mit erneuerbaren Energien mögliche Dezentralisierung der Stromerzeugung in vielen Händen mit einem Comeback der Stadtwerke ermöglicht überall regionale Wertschöpfung. Dieser Vorzug ist für die ökonomische Entwicklung allemal bedeutender als isolierte Energiepreiskalkulation. Die Chance der erneuerbaren Energien liegt in diesem Systemwechsel, nicht in der Kopie atomarer und fossiler Großkraftwerke.

Ausreichend verteilt sind zudem Landflächen, die zur Herstellung von Lebensmitteln geeignet sind. Dass Hunger und Armut weltweit nicht gleich häufig vorkommen, scheint dem zunächst zu widersprechen. Doch tatsächlich ist es so, dass der Mangel organisiert wird. Es wäre in allen Großregionen der Welt möglich, ausreichend Nahrungsmittel herzustellen. Fast überall geschieht das auch – und es würde für alle Menschen reichen, wenn dieser Nahrungsmittelanbau auch zugelassen würde und die Ernte den Menschen zur Verfügung stände, die dort leben. Genau das aber geschieht nicht. Stattdessen werden mit einem Riesenaufwand und hochvermachtet Lebensmittel ständig um die Welt geschafft (Verteilung ist

ein Problem, nicht die Lösung!). Kriege, Vertreibung, patriarchale Unterdrückung, Zerschlagung lokaler Märkte, Umweltzerstörung, Futtermittelexporte, Nahrungsmittelanbau in Hungerländern für Überschussländer und die fahrlässige sowie, zwecks Preisstabilisierung, gezielte Vernichtung von Nahrungsmitteln sind die Gründe des Hungers. In den letzten Jahren kommt massiv die Biomasse-Produktion für Energiegewinnung oder andere industrielle Prozesse hinzu. Ohne diese Faktoren gäbe es heute ca. eineinhalb Mal so viele Nahrungsmittel, wie für alle Menschen reichen würde. Hunger ist keine Katastrophe, sondern künstlich gemacht. Es ist, strafrechtlich betrachtet, Mord – Massenmord. "Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.", kritisierte Jean Ziegler die Lage (Quellen: Film "We Feed the World", 2005; Artikel "Das tägliche Massaker des Hungers – Wo ist Hoffnung?" metall Nr. 5/2006). Hinzu kommt die verschwenderische Verfütterung von essbaren Pflanzen für die unnötige oder zumindest völlig überzogene Fleischproduktion.

Ein Wirtschaften als Inwertsetzung von möglichst allem zwecks besserer Profite wird all das noch verschlimmern. So kann die in diesem Zusammenhang stets gepriesene Gentechnik gegen Kriege und die anderen, sozialpolitischen Gründe des Mangels gar nicht helfen. Sie soll und wird das Gegenteil bewirken: Die Verknappung des Saatgutes durch gentechnische Veränderungen, Patente und Kombinationen mit Spritzmittelkauf. Michael Krawinkel, Professor an der Uni Gießen, schimpft über den "Missbrauch des Arguments, Grüne Gentechnik leiste einen Beitrag zur Hungerbekämpfung." Stattdessen leisten deren Protagonisten "der Entwicklung Vorschub, dass die Saatgut- und Agrochemiekonzerne des Nordens die Märkte hier und im Süden erobern und die dortige kleinbäuerliche Landwirtschaft verdrängen."

Andere Rohstoffe — andere Probleme. Auch bei denen, die unersetzbar, aber ungleich verteilt sind, würden das Wegfallen ständiger Inwertsetzung und der Zwang zum Profit die Lage verändern und die Selbstbestimmung der Menschen fördern. Fortan müssten freie Vereinbarungen getroffen werden mit denen, die vom Abbau der Rohstoffe, von Transporten und Produktionsanlagen betroffen wären. Das würde einen Innovationsschub für menschen- und umweltgerechte Technologien auslösen. Den wer seine wirtschaftlichen Ziele nicht mehr mit Gewalt durchsetzen kann, muss sein Handeln so verändern, dass es auf Akzeptanz stößt.

Von der Grundsicherung zu Reichtum ohne Eigentum

Ein Erfolgsrezept des Kapitalismus ist, den Menschen die Alternative zum Dasein als Rädchen in der großen Maschine der Verwertung und des Profits zu nehmen. Aus Existenznot verkaufen sie ihre Arbeitskraft und kurbeln damit das System von Ausbeutung selbst an. Kritik verstummt angesichts der eigenen Abhängigkeit. Es kann daher den Willen zur Veränderung stärken, den Menschen die Existenzangst zu nehmen. Aus diesem Grunde lohnt sich in den Industriegesellschaften der Kampf für ein Grundeinkommen — selbstverständlich ein bedingungsloses, sonst würde sich Angst und Kontrolle sofort wieder einschleichen.

Aus Christoph Spehr (2003): "Gleicher als andere", Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 105) Es ist von erheblicher Komik, dass Abgeordnete für sich in Anspruch nehmen, durch relativ hohe Gehälter ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu wahren und sich nicht-erpressbar zu ma-

chen – dass die meisten dieser Abgeordneten es aber nicht für nötig halten, eine derartige Unabhängigkeit und Nicht-Erpressbarkeit auch für den Souverän, nämlich die Bevölkerung, zu gewährleisten. Was für Abgeordnete gilt, sollte auch für uns gelten. Nur die Garantie eines unabhängigen, qualitativ ausreichenden Existenzgeldes schafft für die Individuen die Voraussetzung, sich nicht um jeden Preis verkaufen zu müssen. Es gewährleistet ihre politische Freiheit; denn politische Freiheit heißt vor allem, sich nicht in erzwungene Kooperationen irgendwelcher Art hineinbegeben zu müssen. Wo dies nicht in Form direkter monetärer Leistung möglich ist (und in den hochindustrialisierten Staaten des Nordens ist es ohne weiteres möglich), kommen andere Formen in Betracht – Landzuteilung oder Zugang zu gesellschaftlichem Kapital, das für Strukturen von Selbstorganisation und Selbstversorgung genutzt werden kann.

Langfristig geht es um mehr. Die künstliche Abtrennung des Menschen von den Mitteln und Möglichkeiten des Überlebens und der eigenen Entfaltung muss überwunden werden. Gesellschaftliche Ressourcen, also Wissen, Land, Technik, Produktionsmittel und mehr seien allen gleichermaßen zugänglich – in einer Welt ohne Eigentum, wo der durch die Vielen entstandene Reichtum nicht mehr durch komplizierte Gremien verwaltet wird, sondern einfach da ist, genutzt und weiterentwickelt, erzeugt und verbraucht werden kann. Weil einE jedeR so reich ist wie das Gesamte, fallen Eigennutz und Gemeinnutz zusammen.

Außerhalb der Industrieländer, aber zum Teil auch innerhalb dieser, können als Zwischenstadien gleichberechtige Verteilungen von Land und Produktionsmitteln sinnvoll sein. Denn ein Grundeinkommen schafft nur begrenzt Unabhängigkeit, wenn es keine Produktion mehr gibt, die dem Überleben der Menschen am Ort dient. Ernährungs- und Energiesouveränität sowie Zugriff auf Produktionsmittel sind unabdingbare Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Wirtschaften. Dazu müssen Land und Rohstoffe wieder in die Hand der Menschen kommen – weg von Staaten und Konzernen.

Wer treibt den Wandel an?

Ein anderes Wirtschaften bedeutet die Verlagerung von Macht — weg von zentralen Akkumulationsorten des Eigentums an Produktionsmitteln hin zu einer dezentralen Verteilung entweder auf kleinere, von den Menschen getragene Formen des Gemeinschaftseigentums oder ganz raus aus der Logik von Eigentum. Es werden die NutznießerInnen einer solchen Umverteilung sein, die den Prozess antreiben — gesetz dem Fall, dass sie aus ihren Abhängigkeiten entweichen und somit überhaupt den Willen und Mut zur Veränderung fassen können.

Antrieb selbst ist nicht mehr der Zwang zum Profit, sondern die Hoffnung auf ein besseres Leben oder zumindest eine Lösung bzw. Verbesserung im Detail. Das hilft dann auch anderen für ihr Leben, wenn das neue Geschaffene offen zugänglich ist, also nicht durch Eigentum an Wissen oder Produktionsmitteln von ihnen abgeschottet wird. Was schon für die Entwicklung von Technik im entsprechenden Kapitel formuliert wurde, gilt auch hier.

Hermann Scheer in "Solare Weltwirtschaft", 2000, Verlag Antje Kunstmann (S. 255) So richtig es ist, die Energiekonzerne auch zur Mitwirkung am Wandel zur solaren Weltwirtschaft zu veranlassen – durch öffentlichen Druck, Überzeugungsarbeit oder politische Auflagen -, so wenig kann man erwarten, dass sie das im Sinne einer forcierten Substitutionsstrategie tun, also gegen sich selbst. Auch wenn es aus den ... genannten Gründen nicht möglich ist, die Versorgung mit erneuerbaren Energien so zu kontrollieren wie die ato-

mar/fossile Energieversorgung: Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, wer das Tempo der Einführung solarer Ressourcen vorgibt und nach welchen Interessen dabei vorgegangen wird. Die Schrittmacher der Einführung erneuerbarer Energien waren und sind unabhängige, nicht eingebundene Akteure: "grass-roots"-Organisationen, individuelle Betreiber, neue Unternehmen, Stadtwerke, Politiker. Sie haben die Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit geleistet und den Markt für Solartechniken vorbereitet. Ihre Aktivitäten müssen verstärkt werden, statt sich darauf zu verlassen, dass die Entwicklung nun von Konzernen und von Regierungen in die Hand genommen wird – nach dem Motto: "Wir haben verstanden." ... Der Wandel zur solaren Weltwirtschaft ist ohne die gebündelten Aktivitäten lokaler und unabhängiger Kräfte sowie zahlloser individueller Investoren nicht vorstellbar.

Klarstellung: Emanzipation ist etwas anderes als (Neo-)Liberalismus

Fanatiker des Rechtsstaates kritisieren den Wunsch nach Herrschaftsfreiheit, indem sie neoliberale Ideen mit anarchistische Entwürfen oder herrschaftsfreien Utopien gleichsetzen. Das ist verständlich als Propagandastrategie der StaatsfetischistInnen und -nostalgikerInnen in Linken oder SPD, attac und vielen anderen NGOs, bei Radikal- und BasisdemokratInnen. Tatsächlich aber ist die Gleichsetzung von Liberalisierungsprogrammen z.B. der Grünen oder der F.D.P. mit herrschaftskritischen Positionen ein Armutszeugnis an Analysefähigkeit. Zudem signalisiert sie den Erfolg der Neoliberalen, die erfolgreich ihren Durchmarsch als Zurückdrängen staatlicher Bevormundung propagieren — während sie gleichzeitig einen aufgerüstet repressiven Staat herbeisehnen, der ihnen die Folgen ihres Treibens vom Leib hält.

Das Bild links zeigt eine Anzeige der Industrie, dient also der Propaganda. Die Aussage verschleiert, dass Markt und Staat gar keine Gegensätze sind, sondern einander sogar bedingen. Die Ausrichtung aller Teile von Gesellschaft auf Profit und Verwertung verlief über staatliche Rahmensetzungen, und zwar sehr autoritäre. Der brutale Markt der gegenseitigen Ausbeutung wäre gar nicht denkbar ohne die Apparate des Staates, die Menschen jegliche Alternative entziehen und sie, mitunter wortwörtlich, als Rädchen in die große Maschine prügeln. Die wirtschaftliche Globalisierung wird von den Nationalstaaten und ihren Institutionen gemacht. Die Verschärfung der Arbeitsgesetze, der Abbau des Sozialen – alles geht von den Regierungen aus. Antreiber und Profiteure sind die Konzerne, aber der Staat ist der Macher. Hinzu kommt immer mehr Kontrolle, Überwachung, Bestrafung für die, die nicht den Normen gemäß handeln. Auch da agiert der Staat. Insofern sind Staat und Markt nicht Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Herrschaftsfreiheit wäre das Gegenteil von beidem. F.D.P. & Co. wollen gar nicht weniger Staat, sondern einen modernisierten. Die selbsternannten RetterInnen der Demokratie wollen mit ihrer Forderung nach mehr Staat auch vor allem Kontrolle. Nützen wird das den Herrschenden und u.a. den Konzernen. Wer Freiheit will, muss weniger Staat und weniger Markt anstreben. Oder am besten beides abschaffen!

Aus einem Interview mit Jan Rehmann, in: Junge Welt, 3.1.2008 (faulheit&arbeit, S. 1 f.) Marx und Engels haben den Freiheitsbegriff ja keineswegs preisgegeben, sondern offensiv mit einer herrschaftsfreien »Assoziation« verbunden, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Das geht sogar noch weiter als die Formel »Freiheit durch Sozialismus«. Nicht nur ist persönliche Freiheit nur innerhalb eines

Gemeinwesens möglich, sondern ein solches Gemeinwesen muss auch selbst auf der freien Entwicklung eines jeden basieren.

Neo- und klassische Wirtschaftsliberale vergöttern den Markt als Mechanismus der Problemlösung. Dort werde optimal geregelt, dass die richtigen Güter produziert und an die Orte des Verbrauchs verteilt werden. Dem Schulbuchwissen nach geschieht das über Angebot und Nachfrage, in den nicht nur der Volksverdummung, sondern auch der Heranbildung von Arbeitskräften dienenden Disziplinen der Wirtschaftswissenschaften werden zwar komplexere Regelsysteme benannt, aber die Grundprinzipien bleiben.

Selbst unter alternativen Wirtschaftsvorschlägen kommen solche vor, die den Markt selbst gutheißen und sogar noch stärken wollen. Höhepunkte kreieren z.B. die Freiwirtschaftlerlnnen, die den eigentlich guten Markt vom vermeintlich bösen Einflussfaktor Zins befreien wollen. "Umsatz, Umsatz" benennt ihr theoretischer Vordenker Silvio Gesell erstaunlich offen als Ziel dieser Maßnahme und zeigt damit, dass es nur um Detailkämpfe auf dem Weg zum gleichen Ziel geht.

Kapitalismus ist nicht effizient

Das Ziel kapitalistischen Wirtschaftens ist die Steigerung von Profit und die Erhöhung wirtschaftlicher Macht durch Akkumulation von Produktionsmitteln, welche dann über den ständigen Kreislauf der Verwertung wieder Profit schafft. Ein besseres Leben, die Versorgung der Menschen mit den Gütern des Lebens und des Überlebens ist kein Zweck dieses Wirtschaftssystems, sondern geschieht nur dann, wenn dadurch der Verkauf und damit der Profit gesteigert werden kann. Ist Verkauf nicht mehr rentabel, werden die Produkte vernichtet – auch wenn das Armut oder sogar Tod zur Folge hat (siehe Vernichtung von Lebensmitteln).

Das Ringen um Profit und wirtschaftliche Macht fördert Konkurrenz und Spaltung. Das Ganze ist nicht nur unmenschlich, sondern auch nicht, wie immer behauptet wird, effizient. Denn nun geht ein großer Teil der stofflichen Ressourcen und noch mehr der körperlichen und Denkkraft in Verteilungs- und Absicherungskämpfe. Riesige Sektoren kapitalistischer Wirtschaft wie Überwachung, Buchhaltung, Werbung und Ordnungsmittel (z.B. Justiz-, Polizei- und Armeeausrüstung) würden völlig überflüssig, wenn es nicht mehr gesellschaftliches Ziel wäre, Ressourcen, Privilegien und Wissen unter hohem Aufwand ungleich zu verteilen.

Der Kapitalismus ist dabei nicht allein. Alle Herrschaftssysteme haben die Tendenz zur Spaltung, weil sie das Ringen um gesellschaftliche Ressourcen und Macht in einen Konkurrenzkampf münden lassen.



Möglichkeiten und Grenzen dezentraler Wirtschaftsformen

Energie: www. projektwerkstatt.de/aes/ energie.html

Es gibt eine große Zahl von Vorschlägen und Experimenten, die Macht der ständigen Gier nach Profit und dem Zwang zur Inwertsetzung von allem und jedem zu entkommen. Immerhin, das sei zugegeben, stellen viele dieser Vorschläge Verbesserungen in irgendeinem Detail dar. Sie haben aber Grenzen, vielfach sind die sehr eng gesteckt. Das allein wäre

noch nicht problematisch, denn auch kleine Schritte sind wertvoll, wenn die Richtung stimmt, d.h. im Sinne einer Emanzipation, wenn Handlungsmöglichkeiten wachsen, Zwänge und Abhängigkeiten reduziert werden. Schwierig aber werden alle Vorschläge, wenn sie sich aufblähen zu mehr als sie sind. Sie können dann zu Tomaten auf den Augen werden, in dem sie verschleiern, dass da noch viele Abhängigkeiten verbleiben. Teilweise suhlen sich alternative Wirtschaftsformen in einer Eigenpropaganda, die die kapitalistische Welt versöhnlich erscheinen lässt, weil sie ja die Möglichkeit zulässt, es auch anders zu machen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass dieses Miteinander nur funktioniert, weil esgar nicht so unterschiedlich ist wie behauptet.

Im Folgenden sollen einige Ansätze vorgestellt und kritisch hinterfragt werden — in kurzer Form. Ausgelassen werden dabei Vorschläge, die von Vornherein den Kapitalismus eher retten oder wiederbeleben als überwinden wollen wie der "Green New Deal" oder Steuern auf Devisen- oder Börsentransaktionen (z.B. Tobin Tax).

Tauschen, Bewerten und darüber hinaus

Recht weit verbreitet sind Tauschringe. In ihnen tauschen Menschen Fähigkeiten aus. Sie helfen sich gegenseitig, allerdings nicht direkt, sondern in einem Umtauschsystem, in dem Hilfsarbeiten auf Zeitkonten erfasst und als Zeitplus genutzt werden können, um andere Arbeitskraft "einzukaufen". Das hat einen schnell sichtbaren Vor- und einen ebenso offensichtlichen Nachteil. Der Vorteil ist, dass es die Vielfalt an Tauschvorgängen erweitert. Tausche ich nur mit einer Person auf Gegenseitigkeit, so können nur die Fähigkeiten dieser beiden Personen zur Geltung kommen. Wird in einem Ring getauscht, so kann ich meine Fähigkeiten vielen Leuten anbieten und gleichzeitig von den Fähigkeiten vieler "profitieren". Das gegenseitige Helfen wird entpersonalisiert. Es gibt eine Art "Markt" des Fähigkeitentausches, was zeigt, dass ein freier Markt im Sinne eines Tauschplatzes einer engener personalisierter Sozialisation (Familie, Clan, Stamm …) gegenüber eine Befreiung darstellen kann — es kommt eben auf die tatsächlichen Bedingungen an.

Der offensichtliche Nachteil von Tauschringen ist gleich ein doppelter. Erstens werden damit Handlungen in Wert gesetzt, die bislang kostenlos erfolgen (Nachbarschaftshilfe usw.). Dadurch dehnen Tauschringe die Wertlogik sogar aus statt sie einzudämmen. Zum zweiten wirkt die Währungseinheit Zeit nur auf den ersten Blick gerecht. Klar: Die Tage aller Menschen haben 24 Stunden. Aber innerhalb dieser bestehen unterschiedlich starke Zwänge, die Zeit zu eigenen Reproduktion zu verwenden. Wer alleinstehend und ohne Kinder in einem hochbezahlen Halbtagsjob arbeiten, hat eine deutlich andere Lage als das alleinerziehende Elternteil mit prekären Jobs und ständiger Armut. Eine Person kann am Tauschring mitwirken – so als Hobby und zur Erfüllung einer Sinnsuche im Leben. Die andere ist gezwungen. Sie muss ihre Zeit verkaufen, um andere Zeit einkaufen zu können. Auch im Tauschring existieren Angebot und Nachfrage. Wer viel gefragte Fähigkeiten hat, kann einen Reichtum an Zeiteinheiten erreichen und damit auch viel andere Zeit einkaufen. Andere können das nicht. Tauschen folgt daher der Wertlogik.

Dennoch dürfte eine Zeitwährung weniger soziale Härten aufweisen als das Geldsystem, in der die benannten Schwächen auch enthalten sind plus dem zentralen Problem, dass pro Arbeitszeiteinheit unterschiedliche Geldmengen ausbezahlt werden.

Beitrag von Hans Ley auf Opentheory "Alles für alle"

Ist es wirklich notwendig den Begriff des Wertes vollständig über Bord zu werfen. Der Wertmaßstab und das Vergleichen von Werten ist doch eigentlich das problematische. Es spielt dabei auch keine Rolle ob wir das allgemein anerkannte GELD als Maßstab oder ein anderes Medium verwenden, wie es heute in vielen Tauschringen geschieht. Immer wird etwas miteinander verglichen und ausgetauscht. Es steht immer die Frage im Vordergrund: "Ich biete etwas an! – Was bekomme ich dafür?" Wer nichts anbieten kann, bekommt auch nichts – vielleicht ein Almosen. Wenn viele das auch anders sehen, aber der Weg über Tauschringe oder andere Formen von Geld, kann Detailprobleme lösen, wie die Verhinderung von Hortung und Spekulation aber es ist nicht möglich das Ziel "ALLES FÜR ALLE" zu erreichen.

Nur wen ich etwas für andere tue, was mir Freude macht und was ich am besten kann, ohne danach zu fragen: "Was bekomme ich dafür?" habe ich einen kleinen Schritt auf diesem Weg gemacht. Doch was kann ich, oder können "wir" konkret tun?

Aus P.M. 2000: Subcoma, Paranoia City in Zürich (S. 152f.)

... die sozialen Probleme können nicht einfach mit entfesseltem Kleinhandel gelöst werden, Wer nicht anbieten kann, zum Beispiel wegen Behinderung, kommt bei LETS unter die Räder. Die alten sozialen Ungerechtigkeiten bilden sich auch in der LETS-Währung nur wieder ab, zum Beispiel Landbesitz, die Vermögens- und Lohnungleichheit. ... Tauschringe im Innern einer LMO (lokale Organisierung) sind auch darum eher schädlich, weil sie die spontane Nachbarschaftshilfe unterlaufen könnten. Es ist sozial und ökologisch immer noch am effektivsten, wenn Hilfe an Ort und Stelle ohne bürokratische Umtriebe gewährt werden kann. (Dies gilt nicht für regelmässige Verleihsysteme, zum Beispiel von Autos) Tauschringe sind also sinnvoll in jenen Bereichen, wo es nicht um lebenswichtige und kapitalintensive Güter, sondern um wünschbare Zusatzleistungen geht. ... In diesem Bereich können sie dazu beitragen, die Anonymität zu durchbrechen und das soziale Leben zu bereichern, und sei es auch nur durch die Sitzungen und Treffen der Tauschringmitglieder. ... Das Experimentieren mit Komplementärwährungen wird uns nicht aus der Zange von Staat und Kapital herausführen.

Viele Tauschringe machen aus dem Verrechnen der Zeiteinheiten ein kleines Monopolyspiel und geben der hin- und herfließenden Zeit einen Namen. Das wirkt dann wie eine Währung, bleibt aber gekoppelt an die Zeit.

Davon unterscheiden sich andere alternative Währungen. Die stellen, wenn sie gar nicht mehr an die Zeit gekoppelt sind, sondern sich frei im Markt entwickeln, gar keinen Fortschritt gegenüber dem üblichen Inwertsetzen und der Profitbildung im Kapitalismus mehr dar. Dass sie meist regional beschränkt sind, ist auch kein emanzipatorischer Fortschritt als solches. Regionalität ist nicht per se, sondern nur aus besonderen Gründen (geringe Transportentfernungen u.ä. als ökologischer Beitrag) ein Vorteil. Der Nazi-Klamotten-Laden im eigenen Dorf ist ansonsten nicht wertvoller als der Weltladen ein Dorf weiter ...

Einen Schritt weiter sind Umsonstläden. In ihnen fällt der Wert weg. Alles ist umsonst. Es gibt keine Bedingungen, d.h. es muss niemand, der sich was nimmt, auch was bringen. Umgekehrt auch nicht. Viele Läden haben als einzige Schranke eine Begrenzung der Menge eingeführt, die pro Person mitgenommen werden kann. Das ist zwar eigentlich wider der Idee, aber hatte das Ziel, der Rekommerzialisierung entgegenzutreten. Flohmarktund EbayverkäuferInnen hatten nämlich Umsonstläden als Gratisquelle entdeckt. Sinn machen Umsonstläden in der Tat nur, wenn sie mehr sind als ein Zwischenlager vor der Wiederinwertsetzung. Viele Umsonstladen-Aktive kennzeichnen deshalb ihre Produkte auch als "unverkäuflich", um damit auch für später das Prinzip des Geben und Nehmens ohne Bedingungen zu erhalten. Als Schwäche vieler Umsonstläden zeigt sich die Einschrän-

kung auf wenige Überflussbereiche wie Kleidung und Haushaltswaren. Hinzu kommen technisch Geräte, die leicht bis stark veraltet sind. Nur selten tauchen Produktionsmittel oder Tätigkeiten als Umsonstangebote auf (z.B. in Gießen zeitweise einmal wöchentlich kostenfreies Haareschneiden).

Die utopische Weiterentwicklung wäre der gemeinsame Reichtum und die Eigentumslosigkeit an Produktionsmitteln, also unbeschrankt zugängliche Ressourcen (Land, Räume, Infrastruktur).

Aus dem Text "Weder Tauschen noch Schenken" in der Oekonux-Debatte (www.oekonux.de/texte/nehmen.html)

Freie Software und andere Freie Produkte sind nicht Gegenstand irgendwelcher Tauschvorgänge. Freie Software steht allen zur Verfügung, die sie benötigen – sie kann einfach genommen werden. Auch wer überhaupt nichts zu Freier Software beigetragen hat – wie jedeR durchschnittlicheR Gnu/Linux-NutzerIn -, kann sie in vollem Umfang und ohne Abstriche nutzen, sich die Quellen anschauen, daraus lernen und sie weitergeben. Das Konzept des Tausches ist auf Freie Produkte schlicht nicht anwendbar. Das schließt im übrigen ein, dass auch eine Person, die etwas gibt, nicht erwarten kann, dafür etwas zu bekommen. Andererseits kann auch nicht von Geschenken im engeren Sinne gesprochen werden, da Freie Software im allgemeinen nicht für bestimmte andere Personen geschrieben wird. Höchstens von einem Geschenk an die Menschheit könnte gesprochen werden.

Subsistenz und Bedarfswirtschaft

Außerhalb der Industrienationen spielt sie immer noch eine wichtige Rolle, innerhalb dieser nur als Experiment, Nische oder in der weit entlegenen Peripherie: Die Subsistenz, d.h. der Anbau von Nahrungsmitteln und manchmal auch weitere Produktion zum Eigengebrauch. Das kann in kleinen Gemeinschaften und erweitert um direkte Kooperationen mit dem Austausch von Gütern geschehen, die entsprechend dem Bedarf vorherbestimmt werden. Solche Subsistenz verläuft ohne Inwertsetzung. Sie orientiert sich am Bedürfnis – der Handelnden selbst oder konkreter Personenkreise, die dann beliefert werden mit den Mengen, die benötigt und bestellt sind. In Deutschland haben sich einige experimentelle Projekte der "Community Supported Agriculture" (CSA) gegründet.

Es ist denkbar, die Bedarfswirtschaft im großen Maßstab zu denken. Darauf beruhen sozialistische Staatsmodelle. Doch diese mussten scheitern, denn Bedürfnisse lassen sich nicht beliebig verallgemeinern und vorherbestimmen. Ab einem bestimmten Abstraktions- und Entfremdungsgrad ist den Menschen, die etwas produzieren, auch nicht mehr klar, für welches und wessen Bedürfnis sie da eigentlich tätig sind. Damit entfällt das ursprüngliche Motiv – die Arbeitskraft kann wieder nur über Zwang und den Entzug von Alternativen rekrutiert werden. Entscheidend ist daher, dass freie Menschen in freien Vereinbarungen handeln – auf jeder Ebene und so übergreifend, wie sie das wollen und es ohne Verlust eigener Entscheidungsautonomie eben geht.

Aus: Luxemburg, Rosa (1923): "Die Akkumulation des Kapitals", Frankfurt/Main (S. 321) Zuerst war der Zweck die Isolierung des Produzenten, seine Trennung von der schützenden Gebundenheit des Gemeinwesens, dann die Trennung der Landwirtschaft vom Handwerk, jetzt ist die Trennung des kleinen Warenproduzenten von seinen Produktionsmitteln die Aufgabe.

Solidarische Ökonomie

Unter diesem Begriff werden sehr unterschiedliche Ansätze zusammengefasst, darunter solche mit praktischen Umverteilungsmechanismen oder (teilweiser) Überwindung von Eigentums- und Verwertungslogik. Es werden aber auch rein formale Veränderungen unter dem Begriff vereint, was wenig hilfreich erscheint. Denn es kommt auf die tatsächlichen Verhältnisse und Beziehungen im Wirtschaften an und nicht auf die Hülle, in der das Ganze stattfindet – es sei denn, diese schafft Bedingungen, die das Wirtschaften verändern. Genau das aber tun Genossenschaften, das Lieblingskind vieler AnhängerInnen solidarischer Ökonomie, nicht. Sie sind genauso geeignet oder ungeeignet wie andere Formen. Alternative Ökonomie kann in Genossenschaften gelingen, ebenso können Genossenschaften aber auch brutale Ausbeutungsregime betreiben – die Raiffeisen und ihr international stark unterdrückendes Wirtschaftsgebahren lassen ebenso grüßen wie korrupte Gewerkschaftskonzerne. Problematisch ist zudem die Wirkung auf alternative Experimente. Nicht wenige Projekte, die ohne Profitabsichten gestartet sind, wurden inzwischen als ernstzunehmende Konkurrenten im kapitalistischen Boxring "erwachsen". Viele gründeten Genossenschaften und waren fortan auch nominell das, was der Kapitalismus will und för-

dert: Firmen, die verkaufen wollen. Aufstieg und Ende der Ökobank boten ein erschreckendste Fallbeispiel. Unzählige andere blieben unbekannt.



Ein Diskussionsbeitrag zur Solidarischen Ökonomie aus dem Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg (November 2006) findet sich unter www.umsonsttraum.org/self/thesen.html



Herrschaftsfrei wirtschaften" – das Buch zum Thema im SeitenHieb-Verlag!

Bestellungen über www.aktionsversand.de.vu mit Link zum Download